aber der österreichischen Arbeiterklasse und den revolutionären Kampf in Weltmaßstab.

Die sogenannte KPÖ ist heute historisch ausgepunktet; sie steht auf der anderen Seite der Barrikade; sie ist eine schlechtgetarnte Sektion des Klassenfeindes in der kein Kommunist mehr etwas verloren hat. Ihr kommender Parteitag wird ein Hornberger Schießen bleiben und die unverwüstlich Gutgläubigen bitter enttäuschen.



Bei der Seefahrt verläßt man sich auf den Steuermann,
bei der Revolution auf die Ideen Mao Tse-tungs.

Lin Biao

An 26. Dezember wird Genosse Mao Tse-tung 75 Jahre alt. Auf Grund eines Beschlusses feiert die KP-Chinas die Geburtstage führender Persönlichkeiten nicht. Wir benützen aber diesen Anlaß, un uns erneut zu den Ideen Mao Tse-tungs als den Marxismus-Leninismus unserer Zeit zu bekennen.

Wir wünschen uns, daß Genosse Mao Tse-tung noch lang leben und unsere proletarische Sache zun weltweiten Sieg führen möge.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Das sozialistische System wird letzten Endes an die Stelle des kapitalistischen Systems treten; das ist ein von Willen der Menschen unabhängiges objektives Gesetz. Welche Versuche auch immer die Reaktionäre unternehmen mögen, das Rad der Geschichte aufzuhalten, es wird dennoch früher oder später die Revolution ausbrechen, die dann unvermeidlich den Sieg davontragen wird.

Mao Tse-tung

"DER KOMMUNIST", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L)
Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten- Leninisten), Herausgeber und Verleger: Jocha Alfred, alle: 1200 Wien, Dresdnerstraße 48/4/7. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Treitl Herbert, 1020 Wien, Czerningasse 15/2
P.b.b., Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.

DER KOMMUNIST

Dezember 1968
Nummer 22

Zentralorgan der Vereinigung
Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L)

Einzelpreis: S 3,--
Jahresabo : S 30,--

ÖSTERREICH NEUTRAL ODER EIN IMPERIALISTISCHER STÜTZPUNKT

In Nummer 21 unserer Zeitung haben wir uns mit der Rolle des Bundesheeres befaßt. Zwangsläufig mußten wir uns dabei mit der Neutralität kapitalistischer Staaten in allgemeinen und mit der sogenannten "immerwährenden Neutralität" Österreichs in besonderen auseinandersetzen.

Die Ereignisse haben die Aktualität dieses Themas bestätigt. Vor ein paar Wochen erregte eine Erklärung des US-Außenministers Dean Rusk, die er bei der Tagung des NATO-Rates in Brüssel abgab, weltweites Aufsehen. Rusk sprach das offen aus, was sogar politische Laien schon längst erkennen konnten und worüber wir in Artikel "Bundesheer und Neutralität" geschrieben haben, nämlich, daß Österreich und Jugoslawien zur Einflußsphäre der NATO gehören (amerikanische Journalisten haben sie "graue Zone der NATO" genannt).

Die "Neutralität" Österreichs ist also auch von bürgerlich-kapitalistisch-imperialistischen Standpunkt aus nur eine "Proforma"-Neutralität, eine "Neutralität" mit Anführungszeichen.

Diese Auffassung kommt nicht von ungefähr. Und wenn Dean Rusk sie jetzt so offen äußert, so kann er es von seiner Warte aus ruhig tun. Denn Österreich wurde schon 1955 von Chruschtschow den Amerikanern preisgegeben. Gewissermaßen als Brautgeschenk für die angestrebte und sich schon damals anbahnende Koalition zwischen den US-Imperialisten und den russischen Revisionisten. (Charakteristisch dafür ist ja auch der Abschluß des sogenannten "Wiener Memorandums", das die österreichische Erdölwirtschaft der Kontrolle des anglo-amerikanischen Erdölmonopols unterwarf. Dieser Abschluß war eine Vorbedingung der USA für die Zustimmung zum Staatsvertrag. Rußland hat in keiner Weise dagegen Stellung genommen.)

In Oktober 1955 wurde in Parlament das Gesetz über die "immerwährende Neutralität" angenommen. Es diente und dient nur zur Verschleierung der Tatsache, daß Österreich 1955 zum Satellitenland der NATO wurde, und zwar mit genau umrissenen Aufgaben: an "guten Tagen" ein wichtiges Bin-

deglied zwischen Imperialisten und Revisionisten zu sein, und wenn sie vorbei sind, also an "schlechten Tagen", als vorgeschobener Posten des US-Imperialismus zu dienen.

Die Politik der österreichischen Regierung ist voll und ganz auf die Erfüllung dieser Funktion unseres Landes ausgerichtet. Sie wird von den Massenmedien verbreitet und von den politischen Parteien in bemerkenswerter Eintracht unterstützt.

Im Rahmen dieser Politik spielen die Revisionisten in der KPÖ-Führung keine unwesentliche Rolle. In Österreich selbst dient ihr Geschrei zur Verteidigung dieser Neutralität dazu, den werktätigen Massen einzurededen, daß eine Neutralität tatsächlich existiert. Und die Erklärung des "friedlichen Weges zum Sozialismus" soll die Arbeiterklasse hindern, die kapitalistische Herrschaft zu stürzen, da ja Rußland als Mitunterzeichner des Staatsvertrags, die Diktatur des Kapitals garantierte. (Diese Kapitalistenherrschaft wurde ja von de Unterzeichnern des Staatsvertrags als wesentlicher Bestandteil dieser sonderbaren "Neutralität" festgelegt.)

Nach außen hin, ist es die Aufgabe der österreichischen Revisionisten, getarnt als "Kommunisten eines neutralen Staates", alle sich ergebenden Möglichkeiten auszunützen, um das wirtschaftliche Eindringen des internationalen Monopolkapitals - vor allem des amerikanischen - in die von den Revisionisten beherrschten Länder zu fördern. Politisch helfen sie mit ihren Druckwerken und "Delegationen" den radikalsten Vorkämpfern der Wiederherrstellung des Kapitalismus. (Durch die Ereignisse in der CSR haben viele ehrliche Genossen die Rolle der "Volksstimme" erkannt und dagegen protestiert. Diese Dinge beschränken sich aber nicht auf die Zeitung allein, sondern darin liegt Methode).

Obwohl die Mehrheit unserer Bevölkerung schon immer - rein gefühlsmäßig - den Gefasel über die Neutralität skeptisch gegenüberstand, so ließ sie sich doch - nicht zuletzt durch die revisionistische Propaganda - einlullen: Die Zusammenarbeit Amerika-Rußland würde den ewigen Frieden bringen, und Geschäfte mit Ost und West würden ewigen Wohlstand für uns sichern.
Der Überfall auf die CSR hat diesen Illusionen weitgehend ein Ende bereitet. Für jeden erkennbar ist das Bündnis Washington- Moskau von Widersprüchen zerrissen, es stellt sich dar als ein Bündnis, in dem einer den anderen übers Ohr hauen will. Warschauer- Pakt, unter dem Diktat der Moskauer Revisionisten zu einem imperialistischen Instrument geworden, und NATO stellen sich deutlich dar als "Bündnisse" miteinander rivalisierender und einander übervorteilender bürgerlich-imperialistischer Cliquen. Sie sind voll von Widersprüchen.

Diese Widersprüche bringen immer tiefere wirtschaftliche und politische Krisen hervor und verschärfen die Kriegsgefahr eminent.

Weiten Teilen der österreichischen Bevölkerung wird das immer klarer. Und es bereitete der herrschenden Kapitalistenklasse in Österreich keine Freude, sondern bittere Enttäuschung, als eine Umfrage über die Mobilisierung des Bundesheeres anläßlich der CSR-Ereignisse ergab, daß praktisch niemand in Österreich bereit war, für die Scheinneutralität - für die NATO also - seine Haut zu Markte zu tragen.

Den Machthabern in Österreich läßt das allerdings keine Ruhe. Unbedingt wollen sie den Massen einreden, daß Österreich wirklich "neutral" sei. Sie propagieren das sehr spät erfolgte "Dementi" von Dean Rusk, und die "Volksstimme" spielt wieder einmal fleißig mit. Das Rusk-Dementi, das in Wirklichkeit ja keines war, läßt sich am besten mit einer wienerischen Ausrede vergleichen, wo es heißt, "man hätte nichts gesagt, sondern nur gemeint". Aber selbst das konnte Rusk sich schon leisten. Liegt es doch auf der Hand, daß die russischen Revisionisten trotz enormen militärischen Aufwandes eine Niederlage erlitten haben. Die CSR ist für sie als

aktiver Partner praktisch verloren. Und da die Sendboten Breshnews und Kossygins in Washington und überall in der westlichen Welt - inklusive bei den Athener Faschisten - ein Treuebekenntnis zur konterrevolutionären Allianz mit den US-Imperialisten ablegten, ihr Eingreifen in der CSR mit der Sicherung des Rückens bei ihrer Front gegen China motivierten, hatte niemand unter den Imperialisten Grund, scharfe Töne anzuschlagen.

Die "Neutralitätskampagne" in Österreich hat nun einen neuen Akzent erhalten. Die Betonung liegt dabei auf der "bewaffneten Verteidigung der Neutralität". Und weil im österreichischen Volk die Stimmung vorherrscht, mit unseren Waffen hätten wir keine Chance gegen einen Angreifer, wird auf keinen anderen als auf Mao Tse-tung zurückgegriffen.

Die Militärs der Kapitalisten können nicht umhin, die Form des Volkskrieges wie sie Mao Tse-tung lehrt, als die einzige Waffe, die zum Sieg führen kann anzuerkennen.

Deshalb empfehlen sie für die "Verteidigung der Neutralität", die Methoden des Volkskrieges anzuwenden. Der Wehrwille des österreichischen Volkes für ein "neutrales" Vaterland soll gestärkt werden, indem man die wirklich einzige Waffe des Sieges popularisiert. Dabei vergessen diese Herrschaften nur eines: Für kapitalistische Profitinteressen kann und wird ein Volk niemals einen Volkskrieg führen. Das Volk führt den Volkskrieg für seine Interessen und die sind denen der Kapitalisten entgegengesetzt.

Der Beweis dafür ist leicht erbracht. Das vietnamesische Volk siegt in seinem Volkskrieg gegen die amerikanischen Aggressoren weil es weiß wofür es kämpft. Und die Versuche der Amerikaner die gleichen Methoden für ihre Interessen anzuwenden scheitern. Ebenso wie ähnliche Versuche von Imperialisten vorher.

Wir sind überzeugt davon, daß das österreichische Volk einmal den Volkskrieg führen wird, weil es ihn führen muß. Die kapitalistischen Machthaber wollen uns für fremde Interessen bluten lassen. Dagegen werden wir uns wehren.

Die Lage ist nämlich ernst. Unsere Bourgeoisie ist schon in Friedenszeiten bereit, den Befehlen des internationalen Monopolkapitals zu gehorchen. Wenn bei uns Betriebe stillgelegt werden, wenn zehntausende Arbeiter von Verlust des Arbeitsplatzes bedroht sind, so geschieht das vor allem auf ausländischen Befehl. Das österreichische Kapital hat sich auf Gedeih und Verderb mit den kriegslüsternen, imperialistischen Mächten verbunden. Es ist auch im Kriegsfall bereit, unsere Jugend, unser ganzes Land, den imperialistischen Interessen zu opfern.

Unsere Aufgabe ist es daher, Österreich aus jedem imperialistischen Machtblock herauszubrechen. Die kapitalistischen Schmarotzer und ihre reformistischen und revisionistischen Handlanger müssen entlarvt werden. Aus der bisherigen Scheinneutralität muß eine wirkliche Neutralität werden. Nur so können wir unser Land vor der Vernichtung retten.

Das kann jedoch nur sein wenn die Herrschaft dieser Kapitalisten gebrochen wird. Dazu müssen alle kampfentschlossenen Arbeiter gesammelt werden, müssen sich alle Patrioten einigen. Dieser Kampf wird dann ein Teil des großen antiimperialistischen Kampfes sein. Zu Verbündeten werden wir alle Völker haben, die gegen Unterdrückung, Ausbeutung und fremdes Joch kämpfen, an ihrer Spitze Volkschina und Albanien.
Mögen unsere scheinneutralen, imperialistischen Agenten von rechts und von "links", möge unsere Bourgeoisie über das lächeln. Es wird ihr Lächeln vergehen.
Wenn der Kampf mit Kühnheit, Entschlossenheit und Vernunft geführt wird, werden wir, wird Österreichs Volk siegen.

WELTWÄHRUNGSKRIEG

Die wirtschaftlichen Gegensätze der Kapitalisten verschärfen sich.

Vor fast genau einem Jahr wiesen wir unsere Leser darauf hin, daß die Pfundkrise nur die Spitze des Eisberges einer Weltwährungskrise darstellt. Tatsächlich bestätigte das abgelaufene Jahr diese Voraussagen. Die dramatische Zuspitzung im vergangenen Monat ist jedoch nur als Vorbote weiterer, zugleich schärferer Auseinandersetzungen in internationalen und nationalen Maßstab anzusehen. Pfundabwertung, Spaltung des Goldmarktes und Franckrise waren die weithin sichtbaren Meilensteine des Zusammenbruchs der Währungsordnung von Bretton Woods, zeigten die tiefen Widersprüche innerhalb des imperialistischen Lagers auf.

★

Der britische Imperialismus mußte endgültig von seiner früheren Weltmachtstellung Abschied nehmen. Der Widerspruch zwischen der tatsächlichen Stärke und den ehrgeizigen imperialistischen Ambitionen endete mit einer Bankrotterklärung. England, der Bankier der Welt, verwandelte sich in einen zahlungsunfähigen Schuldner. Diesen Widerspruch konnte auch keine Abwertung der Währung lösen. So betrug das Außenhandelsdefizit des ersten Halbjahres 1968 1,2 Milliarden Pfund gegenüber 312 Millionen Pfund im vorjährigen Vergleichszeitraum. Die Wirtschaft stagniert weiter, ist durch ungenützte Kapazitäten und eine steigende Arbeitslosenrate (im September 1968 576.000) gekennzeichnet.

Im August 1968 standen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland von 13 Milliarden Pfund Währungsreserven von 2,7 Milliarden Pfund gegenüber. Die Bank von England war zahlungsunfähig, und nur sofort gewährte Kredite in Milliardenhöhe verhinderten eine neuerliche Abwertung, die zu einem Chaos im Weltwährungssystem geführt hätte. Der britischen Regierung wurde dadurch ermöglicht, einen Teil der Guthaben der Sterlingblockländer auszulösen und für den Rest ein Zahlungsmoratorium zu vereinbaren, allerdings unter der Bedingung einer Kursgarantie. Großbritannien wurde dadurch auf Jahre unter die Kuratel des internationalen Finanzkapitals gestellt, und die "sozialistische" Labourregierung fungierte als deren Kommis.

★

Mit der Abwertung des britischen Pfundes fiel die vorderste Verteidigungslinie des Dollars. Am Goldmarkt wurden immer mehr Dollars in Gold umgetauscht, sodaß die US-Regierung zu seiner Verteidigung die 25%ige Golddeckung abschaffen mußte. Auch diese Maßnahme war nicht zielführend - der Druck auf den Dollar nahm zu. Die anderen Mitglieder des Goldpools lehnten ab, weitere schwere Verluste hinzunehmen. Trotz aller offiziellen Dementis mußte die amerikanische Regierung kapitulieren. Am 18. März 1968 erfolgte eine Spaltung des Goldmarktes: in einen privaten Markt mit nicht geregelten Preisen und einen Markt der Notenbanken und des Internationalen Währungsfonds (IWF), für deren offizielle Transaktionen der bisherige Preis von 35 Dollar pro Feinunze "eingefroren" wurde. Damit war das System von Bretton Woods mit dem Dollar als Reservewährung, die dessen jederzeitigen Wechsel in Gold - bei gleichbleibenden Kurs - voraussetzte, praktisch tot.

Die privilegierte Stellung einer Reservewährung war der Ausdruck der absoluten Hegemonie des US-Imperialismus auf politischen und wirtschaftlichen Gebiet. Die US-Imperialisten konnten ihre Kapitalexporte einfach mit dem Drucken von Dollars finanzieren. Durch ihre schweren Verluste

im 2. Weltkrieg hatten die westeuropäischen Monopole großen Bedarf an amerikanischem Kapital.

Die "Neue Züricher Zeitung" vom 15. September 1968 stellte fest, daß "es für die amerikanischen Unternehmungen vorteilhafter ist, Unternehmungen (=Kapital, d.R.) zu exportieren als Waren". Allerdings ist diese Periode nun zu Ende. Der Kampf gegen die Weltausbeuter verschärft sich und löst wechselseitig aufeinander wirkende Krisen verschiedenster Art aus.

Der Überschuß der US-Handelsbilanz sank von 6.7 Milliarden Dollar (1964) auf 3,5 Milliarden (1967), während die Kosten für den Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk gigantische Summen erreichten, die finanziellen Ausgaben für Marionettenregierungen wie das Haushaltsdefizit fortlaufend stiegen. Den Währungsreserven von 14,4 Milliarden stehen heute kurzfristige Verbindlichkeiten von 33,2 Milliarden gegenüber.

Da die amerikanischen Imperialisten ihre Rolle als größte Ausbeuter der Weltgeschichte nicht aufgeben wollen, versuchen sie durch Tricks und Machinationen ihre privilegierte Stellung zu erhalten, die Kosten jedoch auf ihre Konkurrenten abzuwälzen. Diese hingegen wollen ihre Zugeständnisse mit größeren politischen Einfluß honoriert wissen. Das Ringen der einzelnen imperialistischen Länder um optimale Positionen war das Charakteristische der in permanenter Reihenfolge abgehaltenen Konferenzen.

★

Die schwelende Krise von Pfund und Dollar stand im letzten Halbjahr weitgehend im Schatten der Krise des französischen Franc und des kometenhaften Aufstieges der D-Mark. Frankreich verlor 42% seiner gesamten Gold- und Devisenreserven. Die Ursache war der Versuch der französischen Monopole, die Werktätigen um die wirtschaftlichen Zugeständnisse der Mai- und Junitage mittels einer Inflation zu prellen. Wenn auch die Methode der Preiserhöhungen im Binnenmarkt Erfolge zeitigte, versagte sie in dem der Konkurrenz unterliegenden Außenhandel völlig. Ein Budgetdefizit von 14 Milliarden verstärkte die inflationistischen Tendenzen. Die Monopole transferierten von ihren Finanzvermögen so viel sie konnten nach Westdeutschland, das hohe Zahlungsbilanzüberschüsse und relativ stabile Preise aufwies, um bei einer Abwertung des Franc bzw. Aufwertung der D-Mark spekulativen Profit zu erzielen.

★

Im November 1968 nahm die Kapitalflucht von Frankreich nach Westdeutschland gewaltige Ausmaße an. Allein in der Woche von 8. bis 14. November 1968 betrug der Gold- und Devisenverlust 750 Millionen Franc. Eine Kettenreaktion von Abwertungen und damit ein völliges Währungschaos drohte.

Die Veränderung des Kräfteverhältnisses unter den imperialistischen Staaten trat unübersehbar in Erscheinung: die Tagung des Zehnerklubs (zehn der reichsten und mächtigsten imperialistischen Länder) fand in Bonn unter Vorsitz des westdeutschen Wirtschaftsministers Schiller statt. Auf der Konferenz selbst kam es zu einem erbitterten Ringen mit dem "Überschußland" Westdeutschland. Westdeutschland nahm trotz des auf es ausgeübten Drucks keine Aufwertung der DM vor, sondern erhöhte lediglich die Steuer für Exporte um 4%, während der Import um den gleichen Steuersatz ermäßigt wurde. Allerdings sind diese Maßnahmen zeitlich befristet, jederzeit durch einfache Gesetze korrigierbar und überdies mit zahlreichen Ausnahmebestimmungen versehen, sodaß allgemein von einer "Alibipolitik" gesprochen wird. De Gaulle hingegen leistete jeden Versuch, den Franc abzuwerten hartnäckig Widerstand, da sich Frankreich damit als zweitrangige europäische Macht deklariert hätte. Das französische Zahlungsbilanzdefizit soll durch deflationistische Maßnahmen (Devisenkontrolle, höhere Verbrauchssteuern, Preis- und Lohnkontrollen und Kürzung der Staatsausgaben) vermindert und das Vertrauen des Finanzkapitals durch Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller anderen oppositionellen Schichten wiederhergestellt werden. Auch die Labourregierung unter Wilson

wendet das Rezept der weiteren Deflation und Restriktion an, um das Pfund zu retten. Eine deflationistische und protektionistische Politik kann die monetäre Krise niemals lösen. Sie ist eine Kur an Oberflächenerscheinungen, die den Ausbruch von neuen Krisen keinesfalls verhindert, sondern nur verschärfen kann.

*

Selbst bürgerliche Publizisten erkennen, daß die Ursachen der Weltwährungskrise nicht zeitweiliger oder gar technischer Art, sondern grundlegender Natur sind. Die "Presse" stellt am 21. November 1968 nüchtern fest: "Die Ursache spiegelt nicht zuletzt Wandlungen im politischen Gefüge der Welt, denen die Währungsordnung, welche vor mehr als zwanzig Jahren unter ganz anderen Voraussetzungen geschaffen worden war, bisher nicht Rechnung getragen hat." Wie schon an anderer Stelle aufgezeigt, stellt das Währungssystem von Bretton Woods die Widerspiegelung der absoluten politischen und ökonomischen Vorherrschaft des US-Imperialismus auf dem Gebiet der Währung dar. Waren in der Nachkriegszeit die westeuropäischen Monopolkapitalisten vom amerikanischen Kapitalzufluß abhängig, so wurde dieser nach Aufbau und Wiedererstarkung ihrer Industrie zu einer gefährlichen Bedrohung. Nicht nur daß der US-Imperialismus durch seine privilegierte Stellung im Weltwährungssystem praktisch durch das Drucken von Banknoten ganze Industriezweige aufbauen konnte, war er in der Lage, die Inflation zu exportieren und somit auf andere Staaten abzuwälzen.

Z.B. betrug das Zahlungsbilanzdefizit 1967 3,5 Milliarden Dollar, das Budgetdefizit 20 Milliarden Dollar; das Kreditvolumen nahm um 11% zu, während die Inlandsproduktion lediglich einen realen Zuwachs von 2,5%(!) verzeichnete. Doch die Dialektik des Prozesses führte dazu, daß auf der Seite Westeuropas die Währungsreserven in dem Maße zunahmen, als sie in den USA sanken:

Währungsreserven	Ende 1950	Ende 1967 in Milliarden Dollar	
USA	24,3	14,8	
Großbritannien	3,4	2,7	
europäische Industrieländer	5,2	32,9 (!)	
davon:			
Frankreich	0,8	7,0	
Westdeutschland	0,2	8,2	
Italien	0,6	5,5	gesamt: 21,7

Quelle: International Financial Statistics

Das von W.I. Lenin entdeckte Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der einzelnen imperialistischen Länder ist der Schlüssel zur Analyse des sich vor unseren Augen abrollenden Kampfes. Das bestehende Währungssystem ist die Fixierung des bei seiner Gründung bestehenden Machtverhältnisses, setzt also dessen Unvereinbarkeit voraus, steht aber im Widerspruch zum Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung - ein in der Tat unlösbarer Widerspruch des Imperialismus. Hierin, und nicht in der Spekulation, die allerdings bestehende Tendenzen verschärft und komprimiert, ist die Ursache des "Währungskrieges" zu erblicken.

*

Es entspricht vollkommen den Gesetzen der Dialektik, daß zwischen den Imperialisten nicht nur Kampf, sondern auch Zusammenarbeit besteht. Die Imperialisten wissen nur zu gut, daß sie alle in einem Boot sitzen und jede Krise den Bestand ihres gesellschaftlichen Systems bedroht. Gemäß ihrer Raubtiernatur können sie es aber nicht unterlassen, ihren eigenen Platz in dem sinkenden Boot zu vergrößern und den schwächeren Konkurrenten ins Wasser zu werfen. Daher wechseln die Bündnisse - der Kampf bleibt und spitzt sich zu. Die "Neue Züricher Zeitung" vom 1. Dezember 1968 mußte eingestehn: "Die Wahrheit ist jedenfalls, daß im Zehnerklub wenig von Integration und sehr viel von Desintegration zutage getreten ist." Lenin wies in seiner Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" darauf hin: "Die Form des Kampfes kann wechseln und wechselt beständig aus verschiedenen, verhältnismäßig beschränkten und zeitlich bestimmten Gründen, aber das Wesen des Kampfes, sein Klasseninhalt, kann sich durchaus nicht ändern."

*

Inflation und Deflation sind lediglich Instrumente der Monopole, um maximalen Profit zu erzielen. Für die Arbeiterklasse gilt nach wie vor der Grundsatz, daß sie die Erfolge "ihrer" Bourgeoisie nie teilt, ihre Mißerfolge hingegen immer bezahlt. Frankreich kann als klassisches Beispiel angeführt werden, wie die Monopolkapitalisten mit Unterstützung der Revisionisten und Reformisten das Volk betrügen, wie alle Zugeständnisse nur dazu dienen, um die Massen vom Kampf um die politische Macht abzuhalten. Die Politik des "Ökonomismus" der modernen Revisionisten bringt der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten nicht die geringste reale Verbesserung, sondern verbreitet nur eine Atmosphäre von Resignation und Kapitulation.

Entgegen allen ihren falschen Prophezeiungen befindet sich das kapitalistische System in einem äußerst labilen Zustand. Die Widersprüche zwischen den Imperialisten untereinander verschärfen sich zusehends. Aus dem Währungskrieg entwickelt sich mehr und mehr ein Handelskrieg. Zu Recht befürchtet der französische "Figaro", "daß die Währungskrise zu einer Wirtschaftskrise, die Wirtschaftskrise zu einer sozialen Krise und die soziale Krise zu einer Krise der Staaten und Völker wird." Die Kämpfe der breiten Volksmassen in Frankreich und Italien bestätigen den Hinweis Mao tse-tungs über das "neue Erwachen" der Volksmassen der hochindustrialisierten westlichen Länder. Österreich ist mit dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem auf das engste verflochten und wird sich aus Krisen und Auseinandersetzungen nicht heraushalten können. Daher stehen auch wir vor einer Periode harter, unausweichlicher Klassenauseinandersetzungen, der Klassenkämpfe, die für die Zukunft entscheidend sein werden.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Habsburgerversammlung

Der Habsburger Otto hat nun also auch in Wien seine Versammlung abgehalten. Derlei Kreise, wie der Habsburger ihnen angehört, wissen schon wie es anzustellen ist, daß man zum Ziel kommt. Ist es heute nicht, so ist es eben morgen, war ihr Motto und sie haben recht gehabt.

Dabei hat sich die Bourgeoisie einen netten Scherz erlaubt. Das Kommando über die Polizeieinheiten unter deren Schutz die Versammlung ablief, erhielt das KPÖ-Mitglied Schwager. Was die taktischen Belange betrifft war die Polizei diesmal so gut eingestellt wie noch nie bei Habsburgerprovokationen. Nicht einmal die Bewohner des hermetisch abgeriegelten Viertels um den Sofiensaal konnten in ihre Wohnungen kommen. Schwager hat sich also bewährt.

Im übrigen mußten sich die wenigen Demonstranten Lehrvorträge über "Demokratie" anhören. In Österreich dürfe eben jeder reden, das sei doch gut so.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Genossen! Gebt unsere Zeitung nachdem Ihr sie gelesen habt weiter. Werbt neue Leser, das ist von großer Bedeutung. Auf Wunsch schicken wir an Interessenten einige Zeit hindurch Probenummern. Der Klassenkampf geht überall und in den verschiedensten Formen vor sich. Schreibt uns Berichte, arbeitet an der Zeitung mit. Wenn ihr junge, revolutionär eingestellte Menschen kennt, gebt uns ihre Adressen bekannt, damit wir ihnen unsere Jugendorgan "Funke" zusenden können.

Gewerkschaften - für wen?

Wenn die Arbeiter in den Betrieben über die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen diskutieren, so taucht immer wieder eine Frage auf: Wird uns die Gewerkschaft unterstützen, wenn wir einen Kampf führen wollen? Diese Frage ist überall zu stellen wo Arbeiter für ihre Interessen zu kämpfen bereit sind (Sicherung der Arbeitsplätze usw.). Für degenerierte Betriebsräte ist es ein beliebtes Mittel die Arbeiter vom Kampf abzuhalten indem sie erklären " die Gewerkschaft wird uns da oder dort nicht unterstützen". Einerseits erfüllen sie so ihre Aufgabe als Handlanger der Gewerkschafts- und Parteibürokratie, die wiederum Hand in Hand mit den Unternehmern arbeiten, andererseits können sie so tun als ob sie ja wirklich die Arbeiter vertreten wollen, weil die Gewerkschaft aber nicht will, "gehe es aber nicht".

Wenn die Arbeiter also die Frage nach Unterstützung ihres Kampfes durch die Gewerkschaft stellen, so bringen sie damit zum Ausdruck, daß sie gut verstehen warum sie bei der Gewerkschaft sind, wozu die Arbeiterschaft sich Gewerkschaften geschaffen hat. Sie wissen, daß den Anschlägen der Unternehmer am besten in organisierter Form entgegenzutreten ist, daß die Interessen der Arbeiter nur so am besten vertreten werden können.

Die Gewerkschaften erfüllen ihre Aufgabe aber in keiner Weise. Sie sind heute ein Garant dafür, daß die Unternehmer mit den Arbeitern machen können was sie wollen.

Eigentlich ist das leicht zu erkennen. Können Unternehmer einer Gewerkschaft organisatorisch helfen, wenn sie überzeugt sind, daß die Gewerkschaft ihren Interessen schadet? Nein, das macht kein Unternehmer. Aber in vielen österreichischen Großbetrieben - nicht nur in verstaatlichten - wird der Gewerkschaftsbeitrag von der Firma einbehalten und an den Gewerkschaftsbund abgeliefert. Das vor allem sichert dem Gewerkschaftsbund eine ausgezeichnete finanzielle Grundlage. Selbst die schlechteste Schätzung kommt zum Ergebnis, daß der ÖGB monatlich auf reine 20 Millionen Schillinge Einnahmen kommt. Diese finanzielle Macht - richtig angewendet - würde bedeuten, daß praktisch jede Forderung der Arbeiter erkämpft werden könnte. Mit Streikunterstützung ist aber wie gesagt der ÖGB sehr sparsam. Weniger sparsam ist er bei der Bezahlung seiner Funktionäre, bei der Einrichtung und dem Kauf von Betrieben, in denen wiederum Funktionäre des ÖGB - diesmal als Aktionäre, Geschäftsführer, Aufsichtsräte und so weiter - am Ertrag schön "mitnaschen". Der Streit um das Erbe von Gewerkschaftsbundpräsident Böhm, der es auf diese Weise vom Maurergesellen zum mehr als zwanzigfachen Millionär gebracht hat, wurde seinerzeit in der Öffentlichkeit sehr "diskret" behandelt. Von der herrschenden Klasse inklusive der Gewerkschaftsbonzen mit gutem Grund. Sollen doch die Arbeiter, wenn es nach ihnen geht, ewige Hampelmänner bleiben.

Beweisen die Bonzen im Gewerkschaftsbund ihren Dank für die reibungslose Beschaffung der Mitgliedergelder seitens der Bourgeoisie durch "Einsicht" und "Verständnis" für die Wirtschaft - die Gewerkschaftsbonzen bringen in diesem Fall "Verständnis" und "Einsicht" ja auch für die von ihnen beherrschten Unternehmen auf - so liegt für die Kapitalisten noch ein weiterer Vorteil in dieser Methode. Würden nämlich die Gewerkschaftsbeiträge auf herkömmliche Art kassiert werden, wäre ein guter organisatorischer Aufbau notwendig. Das würde bedeuten, daß es in den Betrieben Zahlstellen in großem Umfang geben müßte, daß die Tätigkeit kleiner Gewerkschaftsorganisationen ins Leben gerufen werden müßte, an der die Arbeiter aktiv Anteil nehmen müßten. Diese Tätigkeit würde aber vor allem eine politische Tätigkeit sein. Die Arbeiter würden dabei ihre Meinung äußern, vertreten und letzten Endes auch durchsetzen können, weil sie auf einmal die notwendige Funktion der Gewerkschaft erkennen würden. Denn nur ihr Geld hinzubringen, dazu wären sie nicht bereit. Eine Arbeiterschaft, die sich für Politik interessiert ist den Kapitalisten und ihren Handlangern aber mehr als unangenehm.

Aus diesem Grund also diese Regelung. Die Gewerkschaftsbonzen kommen zu viel Geld, das ihnen sehr gut tut, den Unternehmern aber nicht schadet. Und die Unternehmer kassieren das Geld für die Gewerkschaftsbonzen, weil diese ihnen nicht schaden sondern nützen. Die Betrogenen sind auch in diesem Fall die Arbeiter.

Das wird sich nur ändern, wenn sich die Arbeiter auf ihre Kraft besinnen. Wenn sie selbst die Politik festlegen, die gemacht werden muß, wenn sie sich ihre Führer aus den eigenen Reihen holen und sie zur ständigen Rechenschaft verpflichten. Die Stimmzettel bei Nationalratswahlen können das nicht ersetzen. Mit dem Bonzentum in der Gewerkschaft aufräumen ist höchste Zeit.

Nachklang zur Republikfeier



Tausende hörten am 12. November 1918 vorm Parlament den Ruf: Es lebe die Republik! (Aus dem Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek)

Inklusive der revisionistischen "Volksstimme" haben alle Zeitungen der Bourgeoisie den Republikfeiertag dazu benützt, dem Untergang der Habsburgermonarchie, diesem Völkerkerker, den sie so gerne wieder hätten, bittere Tränen nachzuweinen. Wer die Radiosendungen dazu gehört hat, erlebte eine einzige Trauerkundgebung für das verlorene Imperium der österreichischen Finanzkapitalisten.

Den wahren Sinn des 12. November 1918 haben wir in unserem Artikel " Die gestohlene Revolution" in Nummer 21 enthüllt. Die "Arbeiterzeitung" vom 12. November 1968 bestätigt das. Sie reproduziert das bekannte Bild von der Massenkundgebung vor dem Parlament und sie stiehlt auch im Begleittext den sozialistischen Charakter der Revolution. Während auf dem Transparent " Hoch die sozialistische Republik" steht, schreibt sie die Losung der Tausenden wäre gewesen: "Es lebe die Republik". So entlarven sich die verräterischen SP-Führer selbst als die Diebe der Revolution.

* * * * *

UNSERE ORGANISATION

ERFOLGE BERICHTE ERFAHRUNGEN

Landesgruppe Vorarlberg unserer Organisation

Die Tätigkeit unserer Aktivisten in Vorarlberg hat dazu geführt, dass in diesem Bundesland unsere Organisation einen raschen Aufschwung nehmen konnte. Nach Wien können wie nun auch in Vorarlbergvon der Existenz einer Landesgruppe sprechen. Dieser Erfolg wird zweifellos seine Auswirkungen auch auf andere Bundesländer haben. Er wird weiterwirken.

In einem Schreiben stellten die Vorarlberger Genossen fest, dass "es schade um die Zeit war, welche verging, bis die ersten Exemplare unserer Zeitung nach Vorarlberg kamen." Weiters stellten die Genossen fest, dass es gegenwärtig noch sehr schwer ist, bei vielen arbeitenden Menschen das Interesse und die Bereitschaft, sich gegen die Anschläge der Reaktion zu wehren, zu wecken. Die Ablenkungsmanöver der Gegner sollen die Arbeiter abhalten, die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes zu erkennen.

Die Genossen sind der richtigen Ansicht, dass ihre unermüdliche Kleinarbeit letzten Endes auch Erfolge bringen wird und dass es ihnen gelingen wird, das Bewusstsein der Arbeiter und den Glauben an die Kraft der Arbeiterschaft zu stärken und offensiv zu werden. Sie stellen in einer Einschätzung fes, "dass sich gegenwärtig die revolutionaren und fortschrittlichen Kräfte in einem Stadium der Umgruppierung befinden"; das ist "die Folge des revisionistischen Verrats, der uns vor die Notwendigkeit stellt, eine revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse zu schaffen, damit diese ihre historische gesellschaftliche Aufgabe - den Sturz des Kapitalismus zu erzwingen - erfullen kann.

Am beginn der Tätigkeit der Vorarlberger Genossen stand die Arbeit mit unserer Zeitung. Sie schuf die Grundlage, einen Kreis revolutionarer Genossen zu sammeln, der nun in der Lage ist, organisiert den Kampf um die Stärkung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L) zu führen und in zunehmenden Masze unsere Argumente und Ansichten unter den werktätigen Menschen zu verbreiten, wobei sie ihr Hauptaugenmerk auf junge Arbeiter und fortschrittliche Studenten richten. Aber auch mit Kleinbauern konnten bereits wertvolle Kontakte hergestellt werden.

Wie wickelt sich das Organisationsleben der Vorarlberger Genossen ab? Diskussion und Studium des Marxismus-Leninismus, insbesonders der Ideen Mao Tse-tungs. Verteilung von Werbenummern unserer Zeitung und Kolportage sowie Werbung neuer Abonnenten. Unser Jugendorgan "Funke" soll das Interesse an der revolutionären Sache unter den fortschrittlichen Jugendlichen wecken und wird in ihren Kreisen verbreitet. Positive Kontakte werden durch persönliche Aussprachen vertieft und sollen zum Beitritt weiterer Mitglieder in unsere Organisation fuhren. Organisierte Teilnahme an Diskussionen, wo unser Standpunkt vertreten wird; Verteilung von Material unserer Organisation in der Öffentlichkeit; Aufbringung von Mitteln um unsere finanzielle Grundlage zu sichern.

Die Genossen arbeiten ständig ihre Aktionen selbstkritisch durch, um etwaige Fehler abstellen und die weitere Arbeit verbessert durchführen zu können.

Die Tätigkeit unserer Genossen in Vorarlberg ist nicht leicht. Dieses Bundesland ist bekannt als Hochburg des reaktionären Unternehmergeistes. Die revolutionäre Arbeit wird aber zielbewusst durchgeführt. Die Arbeit unserer Genossen gibt uns Kraft und Ansporn; sie ist beispielgebend. Auf diesem Weg vorwärts zu weiteren Landesgruppen.

Neue Einrichtung der Wiener Organisation

Die organisatorische Arbeit der Genossen in Wien konzentriert sich in der Hauptsache örtlich und betrieblich. Diese Dezentralisierung ermöglicht eine weitgehend selbständige Tätigkeit der Genossen. Wertvolle Anregungen, sowohl für unsere Zeitung als auch für die Tätigkeit der gesamten Gruppe Wien. wurden dadurch gewonnen. Um in grundlegenden Fragen bessere Ergebnisse als bisher zu erzielen, und um die theoretische Schulung der Genossen besser durchführen zu können, wurde die Abhaltung von zentralen Diskussionsabenden beschlossen. Diese Diskussionen finden jede dritte Woche (Mittwoch) mit Beginn um 19,30 Uhr statt und werden pünktlich um 22 Uhr beendet. Wenn die notwendigkeit besteht, wird die Diskussion über ein Thema am nächsten Abend fortgesetzt. Bisher wurden zwei Diskussionen abgewickelt. ("Kommunistisches Verhalten und kommunistische Gesinnung" und "Unser Standpunkt zur österreichischen 'Neutralität'".)

An diesen Diskussionen können auch Leser unserer Zeitung oder Sympathisierende teilnehmen. Wer daran ein Interesse hat möge uns das mitteilen.

Mitgliederwerbung

Wir richten an alle Genossen, die mit den Zielen und Ansichten unserer Organisation einverstanden sind und noch keine Beitritterklärung ausgefüllt haben, die Aufforderund, uns ihre Adresse mitzuteilen.

Um unseren Kampf besser und erfolgreicher durchfuhren zu können, ist die Stärkung unserer Organisation von entscheidender Bedeutung. Sicherlich wird es Genossen geben, die an unserer Arbeit Fehler sehen. Diese Fehler sollen aber nicht die Ursache sein, von uns fern zu bleiben. Im Gegenteil, nur wenn sie aufgezeigt und gemeinsam besprochen werden, sind sie zu beseitigen.

Marxistische Literatur

Mit allen Mitteln versuchen die Revisionisten den Genossen ihre Verratspolitik als den "neuen Gegebenheiten angepasst", schmackhaft zu machen. Sie verdrehen und verfälschen die Lehren des Marxismus-Leninismus und geben den Genossen nur im minimalstem Umfang die Möglichkeit zum Studium marxistischer Literatur. "Umgearbeitete" Werke sind es, die man jetzt im Globus-Verlag beziehen kann.

Die Publikationen der chinesischen und albanischen Genossen, vor allem die Werke Mao Tse-tungs, können wir den Genossen vermitteln. Desgleichen auch bedeutende Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin, die heute in Wien nicht erhältlich sind, weil sie den KP-Führern "unmodern" erscheinen. In Wirklichkeit sind sie den Revisionisten zu gefährlich. Die Genossen könnten ja durch genaues Studium auf ihren grossen Verrat draufkommen. Anfragen und Bestellungen können an unsere Postadresse gerichtet werden.

"O" wie "Oostria"

Da hat sich neulich der österreichische Vertreter in der reaktionären Gesellschaft, die sich "Straßburger Europarat" nennt, darüber beklagt, daß dort Deutsch nicht als offizielle Verhandlungssprache zugelassen ist. Verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die zahlenmäßig größte Sprachgemeinschaft in Westeuropa eben die deutsche ist. Und wiederum durchaus nicht verwunderlich, wenn man überlegt, warum sich Radio Österreich seit neuestem "ORF" abkürzt: weil nämlich der amerikanische Boss unserer Bourgeoisie den Umlaut "Ö" weder lesen noch aussprechen kann. Im Kleinen spiegelt sich das Große. Unsere Mädel und Burschen müssen, wenn sie einen vorstädtischen oder dörflichen Tanzboden betreten, englische Modewörter wie "hit" und "beat" aus dem Effeff beherrschen. Dafür dürfen sie eben Begriffe unserer österreichischen Arbeitersprache wie "Ausbeutung" und "Klassenkampf" nicht kennenlernen.......

DIE LESER SCHREIBEN

Revolutionärer Weg -

Nur mit unserer Organisation

Da hat man nun jahrzehntelang für die Partei gearbeitet, hat das Inferno des grünen und braunen Faschismus durchgemacht, um nun vor dem grossen revisionistischen Verrat zu stehen. Wäre ich in all diesen Jahren auf der anderen Seite gestanden und hätte ich nicht Kopf und Kragen riskiert, dann hätte ich heute eine Villa mit allem Drum und Dran. Aber mir ist es so lieber, denn dann wäre ich doch ein Schweinehund gewesen, ganz sicher. So kann ich mir mit meinen 66 Jahren bewußt sein, immer auf dem richtigen Weg gewesen zu sein. Ich bin immer dort gestanden, wo ein richtiger Kommunist zu stehen hat und ich werde das auch weiterhin tun. Kompromißlos bis zur höchsten Potenz; komme was da wolle.

Gute Freunde von mir, ganz gute Genossen, haben umgeschmissen (bis hinauf ins ZK), als sich der revisionistische Wahnsinn etablierte. Heute können sie mir nicht mehr in die Augen schauen. Gleich nach dem XX. Parteitag habe ich aufgezeigt, wohin der Weg Chruschtschows führt. Und heute platzen nach und nach die Lügenbomben, nachdem alles verhunzt, verschissen und vertan wurde und der ganze miese Haufen mit "Konsultationen" und imaginären Experimenten nicht mehr zu retten ist.

Nach der traurigen und feigen Kapitulation bei der Kuba-Krise hat dieser politische Harlekin Chruschtschow angekündigt, wenn ein sozialistisches Land angegriffen wird, dann würden sofort die nötigen Konsequenzen gezogen werden.

Aber was ist geschehen. Der "Friedensengel" Kennedy begann in Südvietnam mit dem Bau von Stützpunkten und Angriffsbasen (ja in ganz Indochina) und mit einem Aggressionskrieg. Aber der "weise" Chruschtschow hat nichts getan und seine Nachfolger haben weiterhin den US-Aggressor in Vietnam belassen und packeln noch schamloser und hinterhältiger mit den Amerikanern. Sie lassen die US-Soldateska weiterhin wüten gegen ein Volk, das in dem schwersten Krieg in der Geschichte der Menschheit, durch seinen Mut und seine Tapferkeit gegen einen materialmäßig hundertfach überlegenen Gegner glänzende Siege erringt und Solidarität, Anerkennung und Achtung in der ganzen Welt gefunden hat. Das aber dasteht ohne der Hilfe der mächtigen Sowjetunion, die bis jetzt nur mit schrottreifem Kriegsmaterial "geholfen" hat.

Nolens - volens, die tapferen vietnamesischen Genossen, die die Praktiken der modernsten Militärstrategen zunichte gemacht haben, indem sie den Volkskrieg führten, werden den Aggressor auf der ganzen Linie schlagen und diesen aufgezwungenen, schmutzigen Krieg haushoch gewinnen. Darüber sind sich die meisten Militärs in der westlichen Hemisphäre bereits im klaren. Sie geben keinen Pfifferling mehr für eine Chance des Pentagon in Vietnam.

Und nun warten die amerikanischen Mörder auf einen "Deus ex machina" (genau wie der Hitler mit seiner Clique), auf das Wunder als Endeffekt und Pflaster auf das verlorene Gesicht (lies Fratze), das bisher nicht erschienen ist, und sie nun von den "Gesprächen" in Paris erwarten.

Wir können stolz sein auf unsere vietnamesischen Genossen und müssen von ihnen lernen. Denn wir müssen die Frage stellen, ob nicht vielleicht schon morgen die Mentalität der vietnamesischen Arbeiter und Bauern für uns kleinen Leute in Österreich notwendig ist.

....

Denn trau, schau, wem! Wenn unsere Regierungen so weiter machen, wenn die "Arbeiterparteien" immer nur Rückzieher praktizieren, dann kann man sich ausrechnen was kommt. Da werden sich dann die österreichischen Bauern und Arbeiter an ihre revolutionären Traditionen erinnern müssen (Fadinger, Achaz, Willinger, Burgkirchner, Andreas Hofer). Diese Männer waren goldrichtig als Revolutionäre und Agitatoren. Unter ihrer Führung verjagten die Bauern und Knappen ihre Ausbeuter und Unterdrücker. Sie sind nur gescheitert, weil es für sie noch kein Konzept gab. Für uns gibt es aber eines. Den Marxismus-Leninismus.

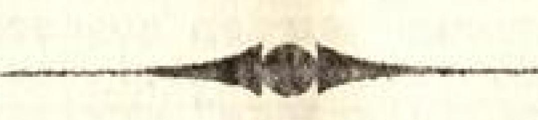
Gestützt auf den wissenschaftlichen Sozialismus wurde unter Lenin und Stalin die mächtige Sowjetunion geschaffen. Nun sind aber verbürokratisierte Emporkömmlinge in Rußland an der Macht, die alle Dreck am Stekken haben. Sie sind Verbrecher im wahrsten Sinne des Wortes. Schon unter Stalin machten sie sich die Bahn frei für ihre Karriere. Sie wurden zu Herren der mächtigsten Konzerne, Monopole und Trusts und übertreffen noch ihre westlichen Kollegen an Raffinesse und Rücksichtslosigkeit bei der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Ich werde euch da nichts Neues erzählen, über dieses traurige Kapitel wißt ihr ja sicher Bescheid, aber ich muß meinem Herzen Luft machen.

Es war alles umsonst, wir alten Kommunisten haben umsonst gekämpft und gelitten. Hunderttausende sind auf der Strecke geblieben, auch umsonst. Diese Gauner und Verbrecher haben alles verpfuscht. Sogar alte Genossen sind mißtrauisch und wollen nicht mehr einsteigen. Sie nehmen eine abwartende Haltung ein, das sehe ich hier bei uns. Aber wenn es einmal losbricht, werden sie da sein, sagen sie. Und es gibt ja schon mehr als genug Zündstoff, der Funke wird schon überspringen. So und so ähnlich kann man es hören, und ist die Stimmung in der Arbeiterschaft im allgemeinen und besonderen.
Wir werden also die Flinte noch lange nicht ins Korn werfen. Wir von der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter werden trotz unserer Schwäche fest die Karten mitmischen, unsere Treue und Ergebenheit zur Revolution demonstrieren, um am Tage X dazusein und zwar an der vordersten Front (hoffentlich erlebe ich das noch, aber ich glaube schon).

Weiter auf dem revolutionären Weg!

F.P. Land Salzburg



Das Jahr 1969

Für das Jahr 1969 sind die Ereignisse gleichermassen schon angekündigt. Die ÖVP spricht von "wirtschaftlichen Problemen", die "gelöst" werden müssen. Dahinter versteckt sich die Absicht des Kapitals, durch weitere Anschläge auf die soziale Lage der Arbeitenden, seine Profite noch mehr zu erhöhen. Die SPÖ bereitet sich auf die "Machtübernahme" in der Regierung vor, das heisst sie wird ihren Arbeiterverrat noch weiter treiben. Was sie in ihrem Wirtschaftsprogramm ankündigt läuft ebenfalls auf Belastungen für die Werktätigen und Profite für das Kapital hinaus. Der ÖGB ist sich über seinen Lohnbetrug an den Arbeitern auch schon klar und kündigt noch mehr "Verständnis für die Wirtschaft an. Die KPÖ wird ihren "friedlichen Weg" weiter ausarbeiten, "Strukturreformen' anpeilen und versuchen den "bestehenden Freiheiten" weitere anzureihen.

Die Arbeiterschaft wird sich aber auf ihre Kraft besinnen müssen. Denn die düsteren Wolken drohender Auseinandersetzungen werden immer sichtbarer. Der arbeitende Mensch darf sich nicht länger zum willenlosen Sklaven machen lassen. Allen Genossen und Revolutionären wünschen wir 1969 viele Kampferfolge.

Es lebe der Befreiungskampf der Völker

Erfolgreicher Widerstand gegen US-"Spezialkrieg" in Laos

Seit 14 Jahren bemühen sich die US-Imperialisten, das Königreich Laos, das zusammen mit Vietnam und Kambodscha 1954 nach einem langwierigen heroischen Befreiungskrieg gegen die französischen Kolonialisten seine Unabhängigkeit erlangt hatte, in eine Kolonie von neuem Typus und in ein Aufmarschgebiet für Kriegsprovokationen (vor allem gegen Volks-China) zu verwandeln. Es ist ihnen aber nicht gelungen, die Befreite Zone (vor allem die an China und Nordvietnam grenzenden Provinzen Sam Neua und Phong Saly) zu verkleinern und die befreiten Gebiete in den von den reaktionären Lakaien des Imperialismus beherrschten übrigen Provinzen des Landes auszuradieren. Im Gegenteil: Die befreiten Gebiete sind größer geworden, während das von den Rechtskräften kontrollierte Territrium zusammengeschrumpft ist. Das stellte auf dem kürzlich stattgefundenen 3. Kongreß der Laotischen Vaterlandsfront (Neo Lao Haksat) deren Vorsitzender Prinz Souphanovong fest.

In den vier Jahren seit dem 2. Kongreß haben die Volksstreitkräfte (die reguläre Armee, die Regionalverbände und die Partisaneneinheiten) 66.000 Mann der Feindtruppen außer Gefecht gesetzt, 850 US-Flugzeuge abgeschossen und Zehntausende Landsleute befreit, gab im Namen der Volksbefreiungsarmee General Sipaseuth bekannt. Dank den in der Trockenperiode 1967/68 erfochtenen Siegen hat sich das Kräfteverhältnis noch deutlicher zu Gunsten der laotischen Revolution verschoben; die US-Aggressoren und ihre Lakaien sind in die strategische Defensive gedrängt worden.

Laos ist ein kleines tropisches Gebirgsland. Seine Fläche beträgt kaum das Zweieinhalbfache, seine Bevölkerung weniger als die Hälfte der österreichischen. Doch seine strategische Lage auf der indochinesischen Halbinsel macht es für die US-Imperialisten wichtig. Deshalb ist der heldenhafte Volkskrieg der laotischen Patrioten von großer internationaler Bedeutung.

Im Laufe der letzten Monsun-Regenzeit (Juni-Oktober) haben die patriotischen Streitkräfte und das Volk von Laos in 467 Kampfhandlungen 3.632 Mann Feindtruppen außer Gefecht gesetzt, davon 2.360 getötet und 236 gefangengenommen. 40 US-Flugzeuge wurden abgeschossen und reiche Beute an Kriegsmaterial gemacht. Sämtliche Mittel des seinerzeit von Kennedy gestarteten barbarischen "Spezialkriegs" erwiesen sich als wirkungslos: die Bombenangriffe, die Einschleusung von Banditen (sogenannte Anti-Guerilla-Kommandos) in die Befreite Zone, hauptsächlich auf dem Luftweg, die Versuche, die Befreite Zone "anzunagen", die "Säuberungsoperationen" in den Partisanengebieten usw.

Nach den jüngsten "Friedens"tricks Johnsons gegenüber Vietnam haben die US-Luftpiraten ihren grausamen Bombenkrieg gegen das laotische Volk beträchtlich verstärkt. Allein in den ersten 20 Tagen des November haben sie bei mehr als 10.000 Einsätzen fast 14.000 Sprengbomben und eine große Menge von Napalm- und Splitterbomben auf dichtbesiedelte Gebiete abgeworfen. Das half ihnen aber nichts. Zwei Beispiele: Seit längerem trachten die Amerikaner und ihre Marionetten sich in den Besitz des strategisch wichtigen Gebiets von Pa Thi zu setzen. Von Anfang September bis Mitte Oktober verloren sie dabei 275 Mann. Bei einem massiven Angriff am 8.November wurden 49 eingeschleuste Banditen getötet, viele verwundet und der Rest in die Flucht geschlagen. - Nach den großen Siegen der Volksstreitkräfte im Jänner im Nam-Bac-Tal setzte der Feind alles daran, das Gebiet von Ban Phat in einen Brückenkopf gegen das Tal zu verwandeln. Am 30.November wurde aber das ganze Gebiet Ban Phat von patriotischen Truppen zurückerobert.
Auf dem Kongreß der Vaterlandsfront wurde ein neues politisches Programm angenommen, um den"Spezialkrieg der USA und die Machenschaften der herrschenden Clique zu zerschlagen und "ein friedliches, unabhängiges, neutrales, demokratisches, vereinigtes und blühendes Laos zu errichten".

Tod den USA-Imperialisten – Das VOLK von Vietnam wird siegen

Unseren Standpunkt zu den "Friedensgesprächen" in Paris haben wir wiederholt dargelegt. Sie sollen der Verschwörung der US-Imperialisten und der Moskauer Verräter zur Unterdrückung des revolutionären Befreiungskampfes der Völker einen Erfolg bescheren. Um diese "Gespräche" zustande zu bringen, haben Breshnew und Co in Hanoi massivsten Druck ausgeübt. Es ist aber klar, daß sie die Rechnung ohne den Wirt, das heißt ohne das heldenhafte Volk Vietnams gemacht haben, das nie seine Waffen aus der Hand legen wird.

Die revisionistische Führung der KPÖ hat sich anläßlich der Intervention russischer Truppen in der CSSR viele "Sympathien" in Moskau "verscherzt". Wo es geht, gibt es jetzt Versuche, sie wieder zurückzugewinnen. Daher rühren sie eifrig die Trommel, um die Pariser Verhandlungen "populär" zu machen. <u>Das ist ein ungeheuerlicher Betrug an den heldenhaften Kämpfern Vietnams. Das ganze Drum und Dran, das rund um die Pariser Verhandlungen von den US-Imperialisten und ihren Lakaien inszeniert wird, verfolgt den Zweck, die Sympathie, die Verbundenheit und die Solidarität aller bewußten und fortschrittlichen Menschen der Welt für das vietnamesische Volk zu untergraben und zu zerstören. Es verfolgt den Zweck, die verbrecherische Aggression der US-Imperialisten und ihre Mordtaten zu verschleiern.</u>

Da werden "Verfahrensfragen" ins Leben gerufen und hochgespielt. Da werden Diskussionen über "Sitzordnungen" und Tischformate provoziert; alles in der Absicht, den Eindruck zu erwecken, als ob es den Führern der Befreiungsfront um nichts anderes als um Formalitäten ginge.

Der ganze imperialistische Propagandaapparat trommelt diese Dinge ununterbrochen in die Welt und mit ihm die revisionistischen Zeitungen. <u>Das alles zeigt, welch schwerer Fehler es ist, wenn man sich als Revolutionär verleiten läßt, auf die Ränke und Schliche der Imperialisten hereinzufallen. Die Imperialisten müssen im Volkskrieg aufs Haupt geschlagen werden, denn auf dem glatten Parkett der Verhandlungssäle spielen sie ihre ganze Hinterlist und Tücke aus, um zum Erfolg zu kommen, die Massen irrezuführen und letzten Endes wieder zu unterjochen.</u>

Die wertvollste Kraft für die Imperialisten sind dabei die verräterischen Führer der revisionistischen Parteien. Sie spielen dieselbe Rolle, wie sie die Arbeiter tagtäglich von SP-Führern erlebten und erleben, wenn es um ihre Interessen geht. Die SP-Führer unternehmen immer wieder alles nur Mögliche, um den Arbeitern einzureden, sie würden schon alles machen, was notwendig sei, sie würden mit den Kapitalisten schon aushandeln, was nur geht. Und die Moskauer Revisionisten und ihre Vasallen überall, also auch die Revisionisten in der KPÖ-Führung, machen das in der Frage Vietnam genauso.

<u>Sie wollen den Eindruck erwecken, daß in Paris die Ziele des heldenhaften Kampfes des vietnamesischen Volkes erreicht werden können. In Paris wollen aber die US-Imperialisten erreichen, was sie auf den Schlachtfeldern Vietnams nie erreichen können.</u> Deshalb ist die Tätigkeit der Revisionisten gemeinster Verrat am vietnamesischen Volk.

Ihr 20. Parteitag

Der kommende 20. Parteitag der KPÖ wäre kaum als politisches Ereignis zu vermerken, fände er nicht zu einem Zeitpunkt statt, der einerseits durch eine politische Desorientierung des österreichischen Proletariats , andererseits durch ernste internationale Gefahrenmomente für Österreich gekennzeichnet ist. Das ist also eine Situation, die dringend nach einer wohlgefügten Vorhut der österreichischen Arbeiterklasse verlangt. Diesem österreichischen Proletariat droht nämlich,zwischen die Mühlsteine der eigenen Bourgeoisie, des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus sowie des russischen Sozialimperialismus zu geraten.

Der 21. August (Intervention in der CSSR) hat bewiesen, daß der Revisionismus international bankrott gemacht hat. Das zeigt sich vor allem in der Spaltung des revisionistischen Lagers in mehrere Fraktionen.

Viele ehrlichen Genossen glauben nun, daß die Machthaber in der KPdSU wieder auf einen revolutionären Weg eingeschwenkt wären. Weil diese, um ihre imperialistische Aggression zu rechtfertigen, scheinrevolutionäre Phrasen verwenden. Sie betrachten deshalb die Auseinandersetzung zwischen diesen Fraktionen als eine Auseinandersetzung zwischen der marxistisch-leninistischen - also der revolutionären Linie - und der revisionistischen, konterrevolutionären Linie. Das ist aber nicht der Fall. Denn diese Auseinandersetzung ist längst entschieden. Die marxistisch-leninistischen Kräfte haben sich bereits unter der Führung der kommunistischen Parteien Chinas und Albaniens herauskristallisiert, im Kampf mit dem Revisionismus, an dessen Spitze die Verräterclique im Kreml steht.

So eine Auseinandersetzung soll also vom 20. Parteitag der KPÖ ferngehalten werden. Die revisionistischen Machthaber in dieser Partei wollen ja auf diesem 20. Parteitag die Fortsetzung des verräterischen Weges vom 19. Parteitag beschließen lassen. Die Forderungen so mancher ehrlichen Genossen, die Ziele doch grundsätzlich zu sagen, und damit ist gemeint Sturz des Kapitalismus, Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, eben die Errichtung eines sozialistischen Österreichs mit der Diktatur des Proletariats, werden unterdrückt, ja nicht einmal zur Diskussion gestellt.

Daher wird dem 20. Parteitag der KPÖ auf jeden Fall der Stempel der konterrevolutionären Linie der Revisionisten aufgedrückt werden. Denn was als ideologische Auseinandersetzung vorgespiegelt wird, ist ja nur der Streit zwischen zwei revisionistischen Schattierungen. Im üblichen Sprachgebrauch werden dafür die Bezeichnungen "Moskauer Linie" und "Dubceklinie" verwendet. Auf den konterrevolutionären Weg führen beide. Das zeigt klar und deutlich die Diskussionsgrundlage für ihren 20. Parteitag. Nicht die Spur einer Klassenanalyse; kein Wort von der Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats; keinerlei Entlarvung der reformistischen und revisionistischen Handlanger der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterschaft; nichts von der Notwendigkeit eines revolutionären Kampfes gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen von allen Seiten; überhaupt nichts von konsequenten Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie.

Statt dessen: Verwischung aller Klassengegensätze durch Phrasen über Demokratie, Freiheit und Humanismus schlechthin; festhalten am "friedlichen Weg" zum Sozialismus durch Etappenziele; reaktionäre Verschleierung der prokapitalistischen Rolle der SP- und ÖGB-Führung und Vertuschung

des revisionistischen Verrats, keine Spur von Selbstkritik; Lobhudelei für die angebliche österreichische "Neutralität" und die amerikanisch dirigierte UNO; derselbe Betrug mit der sogenannten "Mitbestimmung", wie ihn die SP- und ÖAAB-Führer ausüben.

Warum handeln sie so? Weil sie eben der Triebfeder ihres persönlichen Egoismus ausgeliefert sind. So sind die "Moskauer" wirtschaftlich eben von Moskau abhängig (Parteibetriebe) und die "Dubcekleute" von der eigenen Bourgeoisie (ÖGB, Arbeiterkammer, Ämter etc.). So war auch schon die Lage, als in der Sowjetunion die revisionistischen Tendenzen offen zum Ausbruch kamen und als unsere albanischen und chinesischen Genossen das Banner der marxistisch-leninistischen Weltbewegung hochrissen. Es war nicht verwunderlich, daß diese marxistisch-leninistische Stellungnahme bei den Machthabern der KPÖ und ihren Anhängseln unter den Parteiangestellten und Parteibetriebsmanagern Ablehnung und Mißvergnügen auslösten. Diese Leute, die noch niemals oder zumindest schon Jahrzehnte keine Produktionsstätte gesehen hatten, benötigten nichts weniger als die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariates. Die Parole "Dem Volke dienen" war ihnen völlig unbekannt, ja sie hatten sich innerlich längst mit dem bestehenden System arrangiert und meinten nun, es wäre höchste Zeit, dies auch offen zum Ausdruck bringen zu können. Jede materielle Grundlage bringt bekanntlich den mit ihr übereinstimmenden geistigen Überbau hervor, der seinerseits wieder auf diese Grundlage zurückwirkt. Diese Erscheinung machte sich auch im Falle der KPÖ bemerkbar. Alle diese uns sattsam bekannten Theorien, von der Umdeutung des Leninschen Koexistenzgedankens in eine Kapitulationstheorie gegenüber den Imperialismus bis zur Idee des "allgemein menschlichen Humanismus" und der Erreichung des Sozialismus zusammen mit den bestehenden bürgerlichen Parteien, entspringen letztlich dem Wunsche verrotteter Parteimachthaber, es sich im Kapitalismus behaglich zu gestalten.

Der moderne Revisionismus ist wohl in seinen wesentlichen Impulsen von der KPdSU ausgegangen und hat auf die Parteien verschiedener Länder übergegriffen; da der Revisionist aber in erster Linie, wissentlich oder unwissentlich, Agent der Bourgeoisie seines eigenen Landes ist, kann es einen echten internationalen Zusammenhalt des Revisionismus auf die Dauer nicht geben; ohne die Grundlagen des Marxismus-Leninismus im Sinne Mao Tse tungs ist der proletarische Internationalismus heute nicht mehr möglich.

Dies wurde in der KPÖ an Hand der Ereignisse in der CSSR deutlich sichtbar, als die Parteiführung, mit mehr oder weniger Vorbehalten, auf die Linie der österreichischen Bourgeoisie einschwenkte. Innerhalb der "Opposition", die das russische Vorgehen verteidigt, werden wir zwischen Funktionären, die ein scheinlinkes Theater aufführen, um die Mitglieder bei der Stange zu halten,und solchen Genossen zu unterscheiden haben, die noch immer der Meinung sind, daß der russische Eingriff das letzte Mittel zur Rettung des Sozialismus in der CSSR gewesen sei.

Mit solchen Genossen müssen wir geduldig diskutieren; ihnen müssen wir sagen, wie es heute um Europa, um Österreich und um die angeblich "kommunistische" Partei unseres Landes bestellt ist.

Obwohl die beiden Großmächte, die USA und die Sowjetunion,in ihrem gemeinsamen Kampf gegen die revolutionären Bewegungen als Komplizen zu bewerten sind, so ringen sie doch gleichzeitig in Europa und in der ganzen Welt um die nahrhaftesten Bissen. Wer meint, daß es sinnvoll sei, in der KPÖ mit der "russischen" Fraktion gegen die Dubcekfraktion zu kämpfen oder auch umgekehrt, irrt gefährlich, denn er dient damit entweder den westlichen Bourgeoisien oder der russischen Bourgeoisie, auf keinen Fall